

# Obmänner-Konferenz

Approvisionnementfrage aufzuklären. Die Regierung würde sich gewiß nicht getrauen, in der gegenwärtigen Zeit den Gemeinderat aufzulösen. Die Gemeinde verzichte aber durch die Nichteinberufung des Gemeinderates vollständig auf die Öffentlichkeit und das könne er nicht gut heißen.

Gem.-Rat Schmid erklärt, daß die Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß ihr die Gemeinde unangenehm sei. Die christlichsoziale Partei befürchte, der Regierung durch eine Gemeinderats-Sitzung die Gelegenheit zu geben, die Gemeindevertretung aufzulösen.

Gem.-Rat Leitner schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und erklärt, daß die Einberufung einer Gemeinderats-Sitzung das Grab der autonomen Verwaltung bedeute. Die große Masse des Volkes würde doch die Debatte im Gemeinderate nie erfahren, da sie einfach von der Zensur in den Tagesblättern gestrichen wird. Auch die Bezirksvertretungen würden aufgelöst werden.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß er die Haltung der christlichsozialen Partei nicht verstehe. Die Gemeinde begeben sich aller ihrer Rechte. Es könnte ja eine Gemeinderats-Sitzung einberufen werden, deren Rahmen vorher festgelegt werde. In den meisten Städten tagen die Gemeinderäte, sogar in Ungarn.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn erklärt, daß sich die Autorität der Gemeindevertreter gegenüber der Regierung als zu gering erweise. Er sei der Meinung, es solle einmal der Bürgermeister mit dem gesamten Gemeinderate beim Ministerpräsidenten vorstellig werden.

Gem.-Rat Steiner erklärt ebenfalls, daß eine öffentliche Gemeinderats-Sitzung eine Auflösung des Gemeinderates herbeiführe. Er verstehe, daß es ein politischer Wunsch der Opposition sei, die Auflösung des Gemeinderates zu erreichen.

Gem.-Rat Reumann verwahrt sich gegen diese Äußerung seines Vorredners und erklärt, daß seine Partei nicht die Auflösung des Gemeinderates wünsche und die Furcht vor einer Auflösung nicht teile. Es sei Pflicht der Gemeinde, die ihr zur Verfügung stehende Tribüne zu benutzen.

Gem.-Rat Dr. Hein verwahrt sich ebenfalls gegen die Bemerkung des Gem.-Rates Steiner. Das Verhalten seiner Partei während des Krieges sei darnach angetan, den Bürgermeister in seiner Autorität zu schützen. Er erinnere an die gemeinsame Stellungnahme gegen einen Zeitungsartikel, der einen Angriff auf die Autonomie der Gemeinde enthielt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht, nach dieser Abschwenkung wieder zum Gegenstande zurückzukehren und erteilt dem Gem.-Rat Reumann das Wort.

Gem.-Rat Reumann meint, es solle doch ein Teil des Fettes auf den Markt gebracht werden. Er meint, daß die Fettvorratsaufnahme auf die Fettpreise Einfluß haben werde. In Ungarn werden Höchstpreise für Fette gefordert und man sei dort bei der Aufnahme sehr energisch vorgegangen. Auch ein Teil der Reisvorräte solle nach seiner Meinung eventuell herausgegeben werden. Auf jeden Fall aber Fett.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn bezeichnet die Ausgabe des Fettes wohl als erfreulich, jedoch als sehr gefährlich, da mit der Einstellung der Fettausgabe sich der Bevölkerung eine große Erregung bemächtigen würde. Man solle auf jeden Fall das Ergebnis der Fettaufnahme abwarten; auch möge der Herr Bürgermeister beim Statthalter dahin wirken, daß die Aufnahme

am Lande mit aller Energie durchgeführt werde. Auch die Ausgabe des Reises sei eine gefährliche Sache, da auch hier wieder bei der Einstellung der Ausgabe die Aufregung der Bevölkerung zu befürchten sei.

Marktamt-Direktor Bauer führt aus, daß über Auftrag des Herrn Bürgermeisters bei den größeren Selchern nach Fett Nachschau gehalten wurde.

Die größte Firma Wotraube besitzt einen Vorrat von 113 q; die Behauptungen, daß manche Selcher Millionen von Zentnern aufgespeichert hätten, sei durch die Erhebungen widerlegt. Doch sei eine solche Nachschau nicht verlässlich und es werde die Fälschung der Wahrheit entschieden näher kommen. Er sei der Meinung, daß mit der Fettausgabe jetzt nicht begonnen werden solle, sondern vielleicht erst in zwei Monaten, wenn die Not am größten ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellt zusammenfassend fest, daß die Obmänner-Konferenz sich dahin geeinigt habe, bezüglich der Reisausgabe noch zuwarten und daß die Obmänner-Konferenz sich damit einverstanden erkläre, daß bezüglich der Fettausgabe das Ergebnis der Vorratsaufnahme abzuwarten sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er am 22. September 1915 eine Eingabe an den Minister des Innern gerichtet habe, in welcher er zur Deckung des Jahresbedarfes der Gemeinde Wien 1500 Waggons Hülsenfrüchte angefordert habe und bringt hierauf die folgende Zuschrift des k. k. Ministers des Innern vom 26. September zur Verlesung:

Der k. k. Minister des Innern.  
51900. Wien, am 26. September 1915.

Anforderung von 1500 Waggons  
Hülsenfrüchte für die Gemeinde  
Wien.

In Beantwortung des Schreibens vom 22. September 1915 Nr. Abt. IX, Z. 5879, beehre ich mich, Euerer Exzellenz Nachstehendes zu eröffnen:

Nach dem bisher dem Ministerium des Innern vorliegenden Mitteilungen muß das Ergebnis der heurigen Hülsenfrüchtereuernte als ein überaus ungünstiges bezeichnet werden und dürften nach den vorliegenden Schätzungen nach Deckung des mit 3240 Waggons angesprochenen Heeresbedarfes aus den Ergebnissen der heurigen Ernte für die gesamte Zivilbevölkerung der diesseitigen Reichshälfte nicht mehr als 900 Waggons erübrigen.

Da die Deckung des Heeresbedarfes in erster Linie erfolgen muß, erscheint es dermalen überhaupt nicht möglich, die Beschaffung größerer Quantitäten an Hülsenfrüchten für den Zivilkonsum anzuordnen, ins solange der Heeresbedarf nicht zur Gänze sichergestellt ist.

Auch die Aussicht, aus Ungarn für den Bedarf der Zivilbevölkerung Hülsenfrüchte beschaffen zu können, ist eine äußerst geringe, da auch dort das Erntergebnis ein keineswegs günstiges sein soll und nach Deckung des daselbst mit 6000 Waggons angeforderten Heeresbedarfes ebenfalls keine nennenswerten Quantitäten dem Zivilkonsum zur Verfügung erübrigen dürften.

Wie Euerer Exzellenz bekannt ist, ist auch für Hülsenfrüchte die Durchführung einer Vorratsaufnahme mit dem Stichtage vom 15. Oktober 1915 angeordnet; erst wenn das Ergebnis dieser Vorratsaufnahme bekannt sein wird, wird die Möglichkeit vorliegen, darüber schlüssig zu werden, ob und in wie weit der